

Dr. Olaf Schulz-Gardyan LL.M.
Kreienkoppel 23
22399 Hamburg

Dr. O. Schulz-Gardyan, Kreienkoppel 23, 22399 Hamburg

Süddeutsche Zeitung GmbH
Redaktion Forum
Hultschiner Straße 8

81677 München

per Email: forum@sueddeutsche.de

„Nahost in Deutschland“

Hamburg, 24.07.2014
Telefon-Durchwahl: 040/369796-14

Sehr geehrter Herr Prantl,

im aktuellen Gaza-Konflikt ist das Bemühen der Süddeutschen Zeitung um eine objektive Berichterstattung erkennbar. Sie stimmt erfreulicherweise nicht in die in zahlreichen Medien fast reflexartige Verurteilung Israels ein. So wurde in zahlreichen Artikeln und Kommentaren ausdrücklich anerkannt, dass Israel durch die Hamas in eine ungewollte Auseinandersetzung hineingezogen wurde. Auch das zu Recht als zynisch bezeichnete Kalkül der Hamas, Israel werde für die von der Hamas als Schutzschild missbrauchten Opfer in der palästinensischen Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht, wurde mehrfach angesprochen. Schließlich wurden die dadurch ausgelösten antisemitischen Exzesse deutlich kritisiert – zuletzt in Ihrem Kommentar „Nahost in Deutschland“. Gleichwohl fallen zwei Punkte auf.

Erstens trägt auch die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung in den letzten beiden Wochen außerhalb der Meinungsseite durch die Wortwahl und die Auswahl der Bilder dazu bei, dass das zynische Kalkül der Hamas aufgeht, indem bei dem Leser der Eindruck entsteht, Israel führe einen Angriffskrieg gegen die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen.

Zweitens: Ihr Kommentar „Nahost ist Deutschland“, der in dankenswerter Klarheit den „neuen Antisemitismus“ als den „alten Antisemitismus“ geißelt, endet mit einer Kritik an Israel. Das allein ist nicht zu beanstanden. Zu beanstanden ist schon eher das vermutliche

Motiv dieser Kritik, eine höhere Akzeptanz der Warnung vor dem Antisemitismus durch die zeitgleiche Distanzierung zu Israel zu erreichen: Es sollte möglich sein, vor Antisemitismus zu warnen, ohne sich zugleich von Israel zu distanzieren. Vor allem nutzen Sie für diese Distanzierung ein ärgerliches Argumentationsmuster, indem Sie sich gegen einen „Solidaritätszuschlag“ im Sinne eines „Ja und Amen zu Israels Politik in toto“ wenden. Die darin enthaltene konkludente Behauptung, von jüdischer oder israelischer Seite werde ein „Solidaritätszuschlag“ in Form eines Tabus für Kritik an Israels Politik gefordert, beinhaltet den Vorwurf, Juden in Deutschland und Israel würden ihre Opferrolle im Nationalsozialismus dazu nutzen, Kritik an der Politik des jüdischen Staates zu unterbinden und damit den freien Meinungsdiskurs in Deutschland zu behindern. Dieser Vorwurf ist völlig unberechtigt. Weder deutsche Juden noch Israelis versuchen, Kritik an Israels Politik zu tabuisieren. Es gibt auch kein derartiges Tabu. Kritik an der Politik Israels ist in Deutschland nicht nur mehrheitsfähig, sondern entspricht seit langem der herrschenden Meinung. Gerade deshalb kann, darf und muss allerdings erwartet werden, dass die Kritik sachlich begründet wird. Daran fehlt es auch in Ihrem Kommentar. Insbesondere die Feststellung, dass der von Ihnen offenbar allein Israel zugerechnete Gaza-Krieg kritisiert werden „kann, darf und muss“, ist nicht ausreichend, da völlig offen bleibt, welche Handlungsalternativen für Israel in der konkreten Situation Ihrer Meinung nach bestehen. Es mag sein, dass eine solche Begründung den Rahmen des Kommentars gesprengt hätte. Dann aber wäre es besser gewesen, den letzten Absatz komplett zu streichen. Er hinterlässt einen faden Beigeschmack.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Olaf Schulz-Gardyan